

Über den Wohnungsbau für kinderreiche Familien in Basel

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Illustrierte schweizerische Handwerker-Zeitung : unabhängiges Geschäftsblatt der gesamten Meisterschaft aller Handwerke und Gewerbe**

Band (Jahr): **40 (1924)**

Heft 52

PDF erstellt am: **30.07.2024**

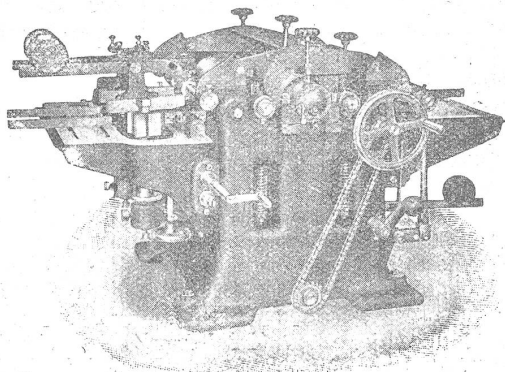
Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-581639>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Drei- und vierseitige Hobelmaschinen
500 u. 600 mm Dickenhobelbreite, bezw. 330 u. 480 mm Hobelbreite bei drei- und vierseitiger Bearbeitung. Kugellagerung.

A. MÜLLER & CO BRUGG

MASCHINENFABRIK UND EISENGIESSEREI
ERSTE UND ÄLTESTE SPEZIALFABRIK
FÜR DEN BAU VON

**SÄGEREI- UND HOLZ-
BEARBEITUNGSMASCHINEN**

o o o

MUSTERMESSE BASEL
18. bis 28. April 1925
HALLE III / STAND 559

gegenwärtigen Sekundarschulhauses an der Bahnhofstraße zu eröffnen. Diese Pläne sind nun für kurze Zeit zur freien Besichtigung ausgestellt. Es handelt sich um vier Projekte. Von diesen empfiehlt laut „Thurg. Ztg.“ die Schulvorsteher- und Lehrerschaft einstimmig das Projekt „acht Ostzimmer“ zur Ausführung. Es weicht von drei andern Eingaben darin ab, daß der Westeingang bleibt. Auf diese Art war es möglich, daß von den zehn Schulklokalen sich deren acht auf der Ostseite befinden. Dieses hat für den Schulunterricht den Vorteil, daß er durch den Verkehr auf der Bahnhofstraße nicht mehr gestört wird. Außerdem sieht dieses Projekt die Erstellung von drei neuen Unterrichtszimmern vor. Es könnten sieben Lehrer den ganzen Tag reibungslos Unterricht erteilen, während es bis anhin sehr schwer hielt, für fünf Lehrer einen Stundenplan so aufzustellen, daß diese einander nicht in die Quere kommen. Dieses Projekt bedingt jedoch ganz bedeutende bauliche Veränderungen, sodaß die Kostenberechnung 192,000 Fr. lautet. Ein zweiter Plan hat sich, den Tendenzen der heutigen Zeit folgend, mehr dem Sparsystem angepaßt. Bei den baulichen Veränderungen wird auf das bereits Vorhandene bestmöglich Rücksicht genommen und dieses sehr zweckmäßig verwendet. Dabei können ebenfalls zehn Lehrzimmer, also ebenfalls drei mehr als bisher, gewonnen werden, der Kostenpunkt dagegen beläuft sich auf nur 170,000 Fr. Alle vier Projekte einlässlich zu prüfen und alsdann Beschluß zu fassen, ist nunmehr Sache der nächsten Schulgemeinde.

Über den Wohnungsbau für kinderreiche Familien in Basel

berichtet die „National Ztg.“:

Auf Grund des regierungsrätlichen Berichts über den Antrag M. Stohler und J. Stegenthaler betreffend Erstellung staatlicher Wohnungen für kinderreiche Familien, worin die Frage der Notwendigkeit einer staatlichen Hilfsaktion zur Beschaffung von Wohnungen für kinderreiche Familien bejaht wurde, bewilligte der Große Rat am 3. Juli 1924 einen Kredit von 171,000 Fr. zur Erstellung von staatlichen Wohnungen an der Neuhausstraße (drei Wohnungsblöcke mit je vier Einfamilien-

bauten). Diese Bauten sind inzwischen erstellt worden. Im gleichen Bericht wurde dem Großen Räte mitgeteilt, daß sich die Behörden mit gemeinnützigen Organisationen in Verbindung gesetzt hätten, um diese zu veranlassen, mit staatlicher Unterstützung die Erstellung von Wohnungen für kinderreiche Familien an die Hand zu nehmen, und daß, sobald die Verhandlungen abgeschlossen seien und ein Projekt ausgearbeitet sein werde, hierüber dem Großen Räte eine Vorlage unterbreitet werde; diese liegt nun heute vor.

Im Verlaufe jener Verhandlungen bildete sich auf Anregung des Vorstandes der Landgenossenschaft Hirzbrunnen ein Initiativkomitee, um die Gründung einer Bau- und Wohngenossenschaft zur Erstellung von Wohnungen für kinderreiche Familien vorzubereiten unter der Voraussetzung, daß die öffentliche Verwaltung diese gemeinnützigen Bestrebungen angemessen unterstütze.

Dies führte zur Gründung der Wohngenossenschaft „Im Vogelsang“. Zweck der Genossenschaft ist, kinderreichen Familien gesunde und billige Wohnungen zu verschaffen und ihre soziale Wohlfahrt zu fördern. Dieser Zweck soll erreicht werden: durch Beschaffung von geeignetem Bauland zu Eigentum oder zu Baurecht der Genossenschaft; durch Erwerbung und Errichtung von Wohngebäuden; durch Vermietung der Wohnungen an kinderreiche Familien zu Preisen, die auf der Basis der Selbstkosten unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Selbsterhaltung der Genossenschaft festgesetzt werden. Die Genossenschaft bezweckt keinen Gewinn. Jede Spekulation mit Bauland oder Wohnhäusern ist ausgeschlossen. Ein allfälliger Rechnungsüberschuß soll zur Aufnung des Genossenschaftsvermögens verwendet werden.

Das Bauprojekt selbst ist folgendes: Die Landgenossenschaft Hirzbrunnen verkauft der Wohngenossenschaft „Im Vogelsang“ ein Terrain zum Preise von 8 Fr. per m². Das Terrain zeichnet sich durch günstige Verbindung mit der Stadt aus, die Wohnlage ist sehr gut und befindet sich relativ sehr nahe bei den Arbeitsgelegenheiten. Im ganzen sind 56 kleine Häuser vorgesehen, welche an drei parallelen, den Gotterbarmweg rechtwinklig schneidenden Nebenstraßen und an einer dem Gotterbarmweg parallelen Nebenstraße erstellt werden sollen. Ferner ist eine Kleinkinderschule projektiert. Auf Vorgärten ist verzichtet worden, um die in Anlage und

Unterhalt teure Einfriedigung zu ersparen und eher den Gärten eine größere Grundfläche zu geben. Die Gärten schließen sich zu zusammenhängenden Komplexen zusammen.

Der Haustyp lehnt sich an die Art der vom Staat errichteten Bauten an der Neuhausstrasse an: die reine Parterrewohnung im Einfamilienhaus, umfassend eine große Wohnküche und drei Schlafzimmer. Der Typ ist erweitert durch einen geräumigen Hausgang und durch eine kleine Waschküche mit Bad, die zugleich der Küche als Spülküche dient. Jedes Schlafzimmer hat seinen direkten Eingang. Die Wohnküche ist durch die Spülküche stark entlastet. Eine wertvolle Ergänzung zur Wohnung bildet das Höfchen, das durch den Vorbau gegen den einen Nachbar vollständig abgeschlossen ist. Vom Höfchen aus ist der Garten direkt zugänglich. Dieser ist mit einem hintern Zugangsweg ausgestattet. Im Anschluß an die Waschküche ist ein Schopf vorgesehen, der die Handwagen, das Brennmaterial usw. aufnimmt. Dank der Anlage dieses Schopfes und dem Vorhandensein des großen Estrichs, der durch eine Falltür vom Hausgang aus bequem zugänglich ist, erübrigt sich die vollständige Unterfellerung des Hauses. Es ist einzig die Waschküche unterfollert, was vollständig genügen dürfte.

Die Bauten sollen schon auf den 1. Oktober 1925 fertiggestellt werden.

Der Regierungsrat ersucht nun den Großen Rat um folgende Beschlusfassung:

1. Der Regierungsrat wird ermächtigt, zur Förderung des Wohnungsbaues für kinderreiche Familien der Wohngenossenschaft „Im Vogelsang“ an die Kosten der Erstellung von 56 Einfamilienhäusern eine Subvention von 20% der Bau Summe, im Maximum 225,120 Fr., zu gewähren gegen Errichtung einer entsprechenden Kautionshypothek und zu Gunsten der Genossenschaft namens des Kantons Basel-Stadt Bürgschaft zu leisten für die von der Genossenschaft aufzunehmenden II. Hypotheken im Maximalbetrag von 270,480 Fr.
2. Der Regierungsrat wird ferner ermächtigt, die nähern Subventionsbedingungen mit der Genossenschaft zu vereinbaren.

Dieser Beschluß ist zu publizieren; er wird als dringlicher Natur dem Referendum entzogen.



**VEREINIGTE
DRAHTWERKE
A.G. BIEL**

EISEN & STAHL

BLANK- & PRÄZIS-GEZUGEN, RUND, VIERHANT, SECHSHANT & ANDERE PROFILE
SPEZIALQUALITÄTEN FÜR SCHRAUBENFABRIKATION & FAÇONNERIE
BLANKE STAHLWELLEN, KOMPRIMIERT ODER ABGEDREHT
BLANKGEWALZTES BANDEISEN & BANDSTAHL
BIS ZU 300^{mm} BREITE
VERPACKUNGS-BANDEISEN

GROSSER AUSSTELLUNGSPREIS SCHWEIZ-LANDELAUSSTELLUNG BERN 1914

Ueber die Erstellung von Automobilgaragen in Wohngebieten.

(Korrespondenz.)

Die Autogaragen sind ein neuzeitliches Bedürfnis geworden. Nicht nur Geschäftsleute, sondern auch Ärzte, Geschäftsreisende, die Direktoren öffentlicher kantonaler und städtischer Betriebe bedienen sich mit Vorteil des Automobils als Verkehrsmittel. Die Unterbringung des Wagens in geeignete Räume bietet indessen vielfach Schwierigkeiten und zwar nicht allein wegen den feuer- und baupolizeilichen Vorschriften, sondern namentlich auch wegen den für die Nachbarschaft unangenehmen Beigaben: Geräusch, Lärm und Benzingerüche.

Hinsichtlich bau- und feuerpolizeilichen Vorschriften haben die einzelnen Kantone meist besondere Verordnungen aufgestellt oder dann in Verbindung mit andern Vorschriften gleich auch die besonderen Bestimmungen für Autoremisen erlassen. Für den Kanton St. Gallen z. B. ist maßgebend die kantonale Verordnung betreffend die Aufbewahrung und Verwendung feuergefährlicher Flüssigkeiten und anderer feuergefährlicher und explosiver Stoffe, vom 28. Dezember 1921. Hinsichtlich Benzinfahrzeugen heißt es in Art. 46:

An die Räume, in welchen Motorfahrzeuge mit ganz oder teilweise gefülltem Benzinbehälter für gewöhnlich untergebracht werden sollen, werden folgende bauliche Anforderungen gestellt:

- a) Parter Boden (Stein oder Beton) mit allseitigem Gefälle gegen die Mitte des Raumes, oder anderweitiger Sicherung gegen das Überfließen von Benzin nach außen. Für die Aufnahme des Abflusses muß eine genügend große Grube und, wenn Verbindung mit einer Wasserleitung besteht, ein Benzinabscheider angebracht werden.

Für Automobilwerkstätten sind Böden aus Klöben zulässig.

- b) In einem Raum innerhalb eines bewohnten Gebäudes: massive oder mit feuer sicherem Material bekleidete Wände und Decken und inwendig mit Eisenblech oder anderem feuer sicherem Material beschlagenen Türen.

In einem nicht bewohnten Gebäude: bis auf die Höhe von wenigstens 1½ m massive oder mit feuer sicherem Material bekleidete Wände und auf die gleiche Höhe inwendig mit Eisenblech beschlagene Türen.

- c) Genügende Ventilation und Belichtung durch Fenster.

Ausgenommen von diesen baulichen Anforderungen sind alle Einstellräume, die mit ihren Umfassungswänden mindestens 30 m von allen andern Gebäulichkeiten entfernt sind. Zu einer solchen Anlage muß soviel Boden erworben oder mit einem entsprechenden Servitut belegt werden, daß die genannte Entfernung für alle Fälle gesichert bleibt. Das betreffende Gebäude kann in beliebiger Konstruktion erstellt werden, ist aber mit harter Bedachung zu versehen.

Auf Einzelräume für Motorboote, Motorschiffe und Flugzeuge findet dieser Artikel keine Anwendung. Natürlich müssen auch die öffentlich-rechtlichen Bau- und Grenzabstände gewahrt sein und überdies allfällige privatrechtliche Abmachungen eingehalten werden.

Hinsichtlich Belästigung durch Lärm und Geräusche hat es im allgemeinen in den meisten kantonalen und örtlichen Baureglementen eine Vorschrift mit ungefähr folgendem Wortlaut:

„Wenn für die Öffentlichkeit durch Rauch, Dünste, Geräusche, Getöse und Erschütterungen erhebliche Belästi-